

Gärtnern als Zukunftsprojekt

In der Gemüsewerft sprechen Grünen-Politikerinnen Maïke Schaefer und Renate Künast über Urban Gardening

VON ELENA MATERA

Bremen. Hopfen rankt sich an den Drahtseilen in die Höhe, auf den Hochbeeten wachsen Kartoffeln, Salate und Radieschen. Im Hintergrund ist die Weser zu sehen. Ex-Landwirtschaftsministerin Renate Künast (Grüne) und Bürgermeisterin und Umweltsenatorin Maïke Schaefer (Grüne) betrachten den Stadtgarten der Gemüsewerft auf der Überseeinsel, auf dem ehemaligen Kellogg-Gelände. In den nächsten Jahrzehnten soll dort ein nachhaltiges Quartier geschaffen werden mit Wohn- und Gewerbeeinheiten. Auch der urbane Stadtgarten der Gemüsewerft gehört dazu. Diesen gibt es bereits seit Januar dieses Jahres. Michael Scheer, Geschäftsführer für integrative Beschäftigung, hat das inklusive Projekt Gemüsewerft 2014 ins Leben gerufen. Menschen mit psychischen, seelischen oder geistigen Behinderungen haben dort die Möglichkeit zu arbeiten. Anbauflächen gibt es bereits in der Basdähler Straße in Gröpelingen und an der Stephanikirchenweide. Der dritte Standort liegt nun hier auf der Überseeinsel. „Es ist ein ökologisches und gleichzeitig ein soziales Projekt. Das macht es so besonders“,

„Es sind Räume in der Stadt, die wir mit Natur und Sozialem füllen.“

Renate Künast (Grüne)

sagt Schaefer. Klaus Meier, Inhaber der Überseestadt GmbH, führt die Grünen-Politikerinnen gemeinsam mit Scheer über das Gelände. Es ist Dienstagnachmittag. Später am Abend gibt es eine Podiumsdiskussion rund um das Thema urbanes Gärtnern mitten in der Stadt, auch Urban Gardening genannt.

Investor Klaus Meier und Gemüsewerft-Geschäftsführer Michael Scheer haben sich von Anfang an zusammengesetzt und die Gemüsewerft für das neu entstehende Quartier geplant. „Ich fand die Idee eines urbanen Gartens von Anfang an gut“, sagt Meier. Beim Städtebau gehe es nicht nur um Verdichtung. „Ich will keine tote Stadt.“ Das ehemalige Kellogg-Gelände soll lebendig werden. „Hier wird der Hopfen angebaut“, sagt Meier und zeigt auf den Hopfen, „und dort wird das Bier gebraut.“ Er zeigt auf das ehemalige Kellogg-Gebäude. Dort soll unter anderem eine Brauerei entstehen. Auch sonst sollen vor allem junge Lebensmittelunternehmen und Start-ups in das Gebäude einziehen.

„Auf einem ehemaligen Gewerbegebiet entsteht Grün. Es entsteht etwas Neues, eine neue Chance“, sagt Schaefer. „Die Gemüse-



Ex-Landwirtschaftsministerin Renate Künast (links) und Maïke Schaefer, Bürgermeisterin und Umweltsenatorin, besichtigen die Gemüsewerft auf der Überseeinsel. FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

werft ist ein zukunftsweisendes Projekt. Es ist lebendig, hat einen sozialen Charakter und es ist ein ökologischer Beitrag.“ Schaefer wünscht sich mehr solcher Projekte. Bremen

müsse grüner werden. Das bedeutet: grüne Dächer, vertikale und horizontale Gärten, mehr Bäume. Auch die Wartebehäuser an den Bremer Straßenbahnhaltestellen sollen in Zu-

kunft begrünt werden. „Wir müssen die Städte in Deutschland neu denken“, sagt Renate Künast. Die 63-jährige Grünen-Politikerin und ernährungspolitische Sprecherin ihrer Partei ist begeistert von dem Gemüsewerft-Projekt. Erst vor Kurzem hat sie ihr Buch „Rein ins Grüne – raus in die Stadt“ veröffentlicht, das sie gemeinsam mit der Garten-Autorin Victoria Wegner geschrieben hat. Für ihre Recherche besuchte sie zahlreiche urbane Gartenprojekte in ganz Deutschland, mittlerweile gebe es gut 700. „Die Bewegung kommt von unten“, sagt Künast. Nachbarschaften bepflanzen Gemeinschaftsgärten. Es gebe Projekte mit Langzeitarbeitslosen oder mit Menschen mit Behinderungen, wie es auch in der Gemüsewerft der Fall ist. „Es sind Räume in der Stadt, die wir mit Natur und Sozialem füllen“, sagt Künast. „So muss die Stadtentwicklung der Zukunft aussehen. Bei neuen Stadtteilen sollte auch gleich das Urban Gardening mitgedacht werden.“

Auch angesichts des Klimawandels müssten Städte anders organisiert werden. Urban Gardening, Wiesen und andere Grünflächen bereicherten die Vielfalt und die Diversität. Bäume würden laut Künast die Temperaturen senken. Sie und Schaefer sehen zudem den Vorteil darin, dass die Menschen durch das Urban Gardening wieder näher an die Natur herangebracht werden. „Es soll ein erlebbares Grün sein“, sagt Schaefer. „Wenn man Gemüse selbst anpflanzt, merkt man, wie lange es dauert, wie viel Energie da reingeh.“ Lebensmittel seien keine Selbstverständlichkeit. „Urbanes Gärtnern bringt die Menschen wieder mit der Natur und den Lebensmitteln zusammen“, sagt Künast. Und das Quartier auf der Überseeinsel zeigt laut Schaefer: Neuer Wohnraum kann mit Stadtgärten verbunden werden. „Wir haben eine Wohnungsnot, aber wir können Neubaugebiete so gestalten, dass sie auch grün sind. Wir können dicht besiedelte Gebiete begrünen.“ Der Wohnraum werde nicht weniger werden.

„Es ist eine Frage der Zeit, wann die ganzen Projekte nicht mehr da sind“, sagt Michael Scheer. Der Geschäftsführer der Gemüsewerft weiß aus eigener Erfahrung, dass es schwierig ist, Gewinne mit der innerstädtischen Landwirtschaft zu erzielen. „Die meisten machen das ehrenamtlich. Oft ist auch der Baudruck auf dem Gelände so groß, dass die Initiatoren aufhören müssen“, sagt er. Scheer spricht sich dafür aus, dass innerstädtische Landwirtschaftsprojekte ebenfalls EU-Agrarförderungen erhalten sollen. „Warum nicht auch die urbanen Gärten? Vielleicht könnte man auch eine eigene Pflegekategorie innerstädtisch bekommen.“ Laut Scheer seien die urbanen Gärten auch nicht nur Gärten. „Das sind politische Gruppen. Jede Möhre ist quasi eine politische Handlung. Es zeigt, dass eine nachhaltige Stadt möglich ist.“

Die meistgelesenen Texte auf www.weser-kurier.de

Zeitraum: 6 bis 19 Uhr des Vortags



1. Großmutter wirft Jugendamt Vegesack Vertuschung vor
2. Hier gibt es die meisten Unfälle mit Verletzten in Bremen
3. Alles nur PR? – Luke Mockridge im Rampenlicht
4. Start-ups im Bundeswehrhochhaus
5. Warum Eggstein statt Sargent stürzte

Hövelmann kehrt der SPD den Rücken

Nordost-Ortsvereine beraten sich

VON FRANK HETHEY

Bremen. Die denkbar knappe Wahl von Mustafa Güngör zum neuen Vorsitzenden der SPD-Bürgerschaftsfraktion sorgt für Unruhe in der Partei: Als Konsequenz erklärte die frühere Bürgerschaftsabgeordnete Ulrike Hövelmann am Dienstag ihren Parteaustritt. „Ich kann nicht damit umgehen, dass jemand mit Nähe zu Erdogan und der AKP mehrheitsfähig ist“, begründete die 65-Jährige ihren Schritt dem WESER-KURIER. Auf ihrem Facebook-Profil verwies Hövelmann auf die glaubwürdige Verbindung von Worten und Taten. „Bei mir war es nun eine Enttäuschung zu viel.“

Als spontane Entscheidung will Hövelmann ihren Schritt nicht verstanden wissen. Vielmehr habe sie ihren Austritt für diesen Fall angekündigt. „Das hat auch nichts mit Fremdenfeindlichkeit, Rassismus oder beleidigter Leberwurst zu tun.“ Hövelmann gehörte der SPD seit 1988 an, von 1995 bis 2007 war sie in der Bürgerschaft. Bis heute ist sie Vorsitzende der Bremer Leselust.

Unterdessen wollen Teile der SPD-Basis nach dem Wahldebakel vom Mai nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. In Horn haben sich am Dienstagabend die geschäftsführenden Vorstände der Ortsvereine aus Borgfeld, Horn-Lehe und Oberneuland getroffen. „Es geht um eine engere Zusammenarbeit, damit die Ortsvereine ihre Standpunkte stärker vertreten können“, sagt Derik Eicke, Vorsitzender des Ortsvereins Oberneuland und Mitglied im Landesvorstand. Zur Diskussion steht eine regelmäßige Zusammenkunft der vier Ortsvereine – Horn-Lehe wäre mit zwei Ortsvereinen vertreten. Die Idee: Sämtliche Parteimitglieder sollen Stimmrecht haben, nicht nur Delegierte. Vorerst handelt es sich laut Eicke nur um ein Sondierungsgespräch: „Drei der vier Ortsvereine müssen mitziehen, sonst wird es eine Nullnummer.“

Schon länger fühlen sich die Genossen in den eher bürgerlichen Stadtteilen benachteiligt und vernachlässigt. Die Stadtteile im Nordosten würden von der Landespartei „nicht wirklich gesehen“, klagt Eicke. Als Beispiel führt Eicke die noch immer fehlende Ganztagschule in Oberneuland an. Dass der Horner Bürgerschaftsabgeordnete und Ex-Fraktionschef Björn Tschöpe als Staatsrat in die Verwaltung wechseln soll, bereitet Eicke ebenfalls Bauchschmerzen: „Dann gibt es keinen SPD-Abgeordneten mehr für 45.000 Menschen in den nordöstlichen Stadtteilen.“

So erreichen Sie die Lokalredaktion

Ob persönlich, am Telefon oder wie auch immer: Wir freuen uns auf Sie.

Adresse: Martinstraße 43, 28195 Bremen
Telefon: 0421 - 36713690
Mail: lokales@weser-kurier.de
Website: www.weser-kurier.de

Immer auf dem Laufenden

Twitter: twitter.com/weserkurier
Facebook: facebook.com/weser.kurier
Instagram: instagram.com/weser.kurier
Whatsapp: weser-kurier.de/whatsapp
Youtube: youtube.com/WESER-KURIER



Polizei sucht Diebespaar

Hochwertige Kette entwendet



Die Polizei Bremen sucht nach diesen beiden Personen. FOTO: POLIZEI

Bremen. Nachdem ein Diebespaar im vergangenen Juni eine hochwertige Kette aus einem Juweliengeschäft in der Innenstadt gestohlen hat, sucht die Bremer Polizei nun mit Fotos nach den beiden Personen. Der Mann und eine Frau hatten am Montag, 24. Juni, am frühen Nachmittag gegen 13.45 Uhr, das Juwelieregeschäft in der Lloydpassage betreten. Sie ließen sich laut Schilderungen der Polizei von der Verkäuferin diverse Halsketten zeigen. Als sich die Mitarbeiterin umdrehte, steckte der Mann eine Kette in die Tasche. Nachdem beide den Laden verlassen hatten, bemerkte die Verkäuferin den Diebstahl und rief die Polizei.

Nach Sichtung der Bilder aus der Videoüberwachung des Geschäfts werden die Täter wie folgt beschrieben: Die Frau ist circa 25 Jahre alt und hat dunkle Haare, die zu einem Dutt gesteckt waren. Sie trug eine Sonnenbrille, ein beiges, knielanges Kleid mit Blumenmuster, schwarze Leggings und dunkle Turnschuhe (Marke Converse Chucks). Der Mann ist etwa 30 Jahre alt, hat eine athletische Figur und dunkle Haare. Er trug eine dunkle, knielange Hose und ein dunkles T-Shirt. Zudem hatte er eine schwarze Aktentasche dabei. Zeugen werden gebeten, sich beim Kriminaldienst unter Telefon 0421/3623888 zu melden. PAF

Gaswerks-Gelände: Vertrag für Altlasten

Stadt einigt sich im Tabakquartier mit SWB-Gruppe auf Kostenteilung

VON KARIN MÖRTEL

Bremen. Der Bremer Senat hat am Dienstag den Weg frei gemacht für die genauere Untersuchung der gefundenen Altlasten auf dem ehemaligen Gaswerks-Gelände im Tabakquartier. Erstmals ist nun auch geklärt, dass sich die Stadt Bremen und die SWB-Gruppe die Kosten dafür jeweils zur Hälfte teilen.

Wie berichtet, geht es um zwei besonders kritische Stellen, an denen in tiefen Bodenschichten Teer- und Schweröl sowie weitere umweltschädliche Rückstände der zurückliegenden Gasproduktion gefunden worden waren. Laut Umweltbehörde ist es dringend erforderlich, schnell das ganze Ausmaß der Verunreinigung klären zu lassen. Erst danach kann – sofern nötig – der kontaminierte Boden sowie möglicherweise betroffenes Grundwasser gereinigt werden.

In der Senatsvorlage schildern die Fachleute der Umweltbehörde den akuten Handlungsbedarf sehr eindringlich. So sei davon auszugehen, dass bereits heute von den massiv belasteten Bereichen im tieferen Untergrund, Gefahren für das Grundwasser ausgehen. Teilweise würden sich bereits erhebliche Verunreinigungen des Grundwassers über die Grundstücksgrenze hinaus bis in benachbarte Wohngebiete hinein erstrecken. „Die Schadstofffahne wird derzeit überwacht, den betroffenen Anwohnern im Grundwasserabstrom musste empfohlen werden, kein Grundwasser zu nutzen“, steht in dem Papier.

Offen war jedoch bislang die Kostenfrage für Untersuchungen und Sanierung der Altlasten. Die SWB-Gruppe als heutige Eigentümerin hatte stets darauf verwiesen, dass die Stadt, die bis 1941 das Gaswerk betrieben hatte, eine Mitverantwortung trägt.

Dieser Argumentation folgte nun der Senat und beauftragte das Umweltressort, die Übernahme der Hälfte der Kosten in einem öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der SWB-Gruppe festzuschreiben. „Die Alternative wäre gewesen, dass die Obere Aufsichtsbehörde einen Kostenbescheid an SWB und Stadt als Verursacherinnen der Verschmutzungen verschickte, in dem Rechtsmittel angedroht werden“, erklärt Jens Tittmann, Sprecher der Um-

weltbehörde. Dies habe man mit dem gemeinsamen Vertrag vermeiden wollen.

Bei der SWB-Gruppe zeigt man sich zufrieden mit der jetzt gefundenen Lösung: „Unser Ziel bei den Verhandlungen ist gewesen, dass die Stadt als Mitverursacherin die Hälfte der Kosten trägt“, sagt Klaus Simonis aus der Rechtsabteilung der Unternehmensgruppe. Wenn dies nun tatsächlich vertraglich festgeschrieben werde, sei das eine „pragmatische Lösung, mit der wir uns die Verantwortung und die Kosten teilen“, so Simonis.

Die Klärung der Altlasten-Frage gilt als zentral für die Planung der Stadt, den Standort zu einem urbanen Zukunftsquartier zu entwickeln, in dem Wohnen und Gewerbe einen Platz finden. Zum Tabakquartier zählen neben dem ehemaligen Gaswerks-Gelände auch die stillgelegte Zigarettenfabrik der Martin Brinkmann AG sowie angrenzende Berei-



Auf dem Gelände der SWB-Gruppe in Woltmershausen (farblich markiert) liegen an zwei Stellen kritische Altlasten im tiefen Boden. Wie groß das Problem ist, wird untersucht. FOTO: SCHMOLL